

Satzung

zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragssatzung wiederkeh- rende Beiträge) der Ortsgemeinde Edesheim vom 14. Juli 2021

Der Gemeinderat Edesheim hat aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) und der §§ 2 Abs. 1, 7, 10 und 10 a des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der Sitzung am 13. Juli 2021 folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

INHALTSÜBERSICHT:

§ 1 Erhebung von Ausbaubeiträgen	1
§ 2 Beitragsfähige Verkehrsanlagen	1
§ 3 Ermittlungsgebiete	1
§ 4 Gegenstand der Beitragspflicht	2
§ 5 Gemeindeanteil	2
§ 6 Beitragsmaßstab	2
§ 7 Eckgrundstücke und durchlaufende Grundstücke	4
§ 8 Entstehung des Beitragsanspruches	4
§ 9 Vorausleistungen	5
§ 10 Ablösung des Ausbaubeitrages	5
§ 11 Beitragsschuldner	5
§ 12 Veranlagung und Fälligkeit	5
§ 13 Übergangs- bzw. Verschonungsregelung	6
§ 14 Öffentliche Last	7
§ 15 In-Kraft-Treten	7
Anlage 1 -Ermittlungsgebiet gem. § 3 dieser Satzung	8
Anlage 2 -Begründung zur Bildung der Abrechnungseinheiten gem. § 3 dieser Satzung	10

§ 1

Erhebung von Ausbaubeiträgen

- (1) Die Ortsgemeinde Edesheim erhebt wiederkehrende Beiträge für die Herstellung und den Ausbau von Verkehrsanlagen nach den Bestimmungen des KAG und dieser Satzung.
- (2) Ausbaubeiträge werden für alle Maßnahmen an Verkehrsanlagen, die der Erneuerung, der Erweiterung, dem Umbau oder der Verbesserung dienen, erhoben.
1. "Erneuerung" ist die Wiederherstellung einer vorhandenen, ganz oder teilweise unbrauchbaren, abgenutzten oder schadhafte Anlage in einen dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden Zustand,
 2. "Erweiterung" ist jede flächenmäßige Vergrößerung einer fertiggestellten Anlage oder deren Ergänzung durch weitere Teile,
 3. "Umbau" ist jede nachhaltige technische Veränderung an der Verkehrsanlage,
 4. "Verbesserung" sind alle Maßnahmen zur Hebung der Funktion, der Änderung der Verkehrsbedeutung i.S. der Hervorhebung des Anliegervorteiles sowie der Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit einer Anlage.
- (3) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten auch für die Herstellung von Verkehrsanlagen, die nicht nach dem Baugesetzbuch (BauGB) beitragsfähig ist.
- (4) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten nicht, soweit Kostenerstattungsbeiträge nach §§ 135 a-c BauGB zu erheben sind.
- (5) Ausbaubeiträge nach dieser Satzung werden nicht erhoben, wenn die Kosten der Beitrags-erhebung außer Verhältnis zu dem zu erwartenden Beitragsaufkommen stehen.

§ 2

Beitragsfähige Verkehrsanlagen

- (1) Beitragsfähig ist der Aufwand für die öffentlichen Straßen, Wege und Plätze sowie selbstständige Parkflächen und Grünanlagen sowie für selbstständige Fuß- und Radwege.
- (2) Nicht beitragsfähig ist der Aufwand für Brückenbauwerke, Tunnels und Unterführungen mit den dazugehörigen Rampen, mit Ausnahme des Aufwands für Fahrbahndecke und Fußwegbelags.

§ 3

Ermittlungsgebiete

- (1) Sämtliche zum Anbau bestimmte Verkehrsanlagen folgender Gebiete bilden jeweils einheitliche öffentliche Einrichtungen (Abrechnungseinheiten), wie sie sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Plan ergeben.

Die Abrechnungseinheit 1 umfasst den Hauptort.

Die Abrechnungseinheit 2 umfasst die „Leonhard-Eckel-Siedlung“ und das Wohngebiet „Im Damm“.

Die Begründung für die Ausgestaltung der einheitlichen öffentlichen Einrichtungen ist dieser Satzung als Anlage 2 beigefügt.

(2) Der beitragsfähige Aufwand wird für die eine Abrechnungseinheit bildenden Verkehrsanlagen nach den jährlichen Investitionsaufwendungen in den jeweiligen Abrechnungseinheiten nach Abs. 1 ermittelt.

§ 4 Gegenstand der Beitragspflicht

Der Beitragspflicht unterliegen alle baulich, gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise nutzbaren Grundstücke, die die rechtliche und tatsächliche Möglichkeit einer Zufahrt oder eines Zugangs zu einer in der Abrechnungseinheit gelegenen Verkehrsanlage haben.

§ 5 Gemeindeanteil

Der Gemeindeanteil in der Abrechnungseinheit 1 beträgt 30 %.

Der Gemeindeanteil in der Abrechnungseinheit 2 beträgt 30 %.

§ 6 Beitragsmaßstab

(1) Maßstab ist die Grundstücksfläche mit Zuschlägen für Vollgeschosse. Der Zuschlag je Vollgeschoss beträgt 10 v. H.. Vollgeschosse im Sinne dieser Regelung sind Vollgeschosse im Sinne der Landesbauordnung.

(2) Als Grundstücksfläche nach Abs. 1 gilt:

1. In beplanten Gebieten die überplante Grundstücksfläche. Ist das Grundstück nur teilweise überplant und ist der unbeplante Grundstücksteil dem Innenbereich nach § 34 BauGB zuzuordnen, gilt als Grundstücksfläche die Fläche des Buchgrundstücks; Nr. 2 ist ggf. entsprechend anzuwenden.
2. Liegen Grundstücke innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB), sind zu berücksichtigen:
 - a) bei Grundstücken, die an eine Verkehrsanlage angrenzen, die Fläche von dieser bis zu einer Tiefe von 40 m.
 - b) bei Grundstücken, die nicht an eine Verkehrsanlage angrenzen, mit dieser aber durch einen eigenen Weg oder durch einen Zugang verbunden sind (Hinterliegergrundstück), die Fläche von der zu der Verkehrsanlage hin liegenden Grundstücksseite bis zu einer Tiefe von 40 m.
 - c) Grundstücksteile, die ausschließlich eine wegemäßige Verbindung darstellen, bleiben bei der Bestimmung der Grundstückstiefe nach a) und b) unberücksichtigt.
 - d) Sind die jenseits der nach a) und b) angeordneten Tiefenbegrenzungslinie liegenden Grundstücksteile aufgrund der Umgebungsbebauung baulich oder in ähnlicher Weise selbständig nutzbar (Hinterbebauung in zweiter Baureihe), wird die Fläche bis zu einer Tiefe von 80 m zugrunde gelegt.

Sind die hinteren Grundstücksteile nicht in diesem Sinne selbständig nutzbar und geht die tatsächliche bauliche, gewerbliche, industrielle oder ähnliche Nutzung der innerhalb der Tiefenbegrenzung liegenden Grundstücksteile über die tiefenmäßige Begrenzung nach a) und b) hinaus, so verschiebt sich die Tiefenbegrenzungslinie zur hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung.

Wird ein Grundstück jenseits der in Satz 1 angeordneten erhöhten Tiefenbegrenzungslinie tatsächlich baulich, gewerblich, industriell oder ähnlich genutzt, so verschiebt sich die Tiefenbegrenzungslinie zur hinteren Grenze der tatsächlichen Nutzung.

3. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan die Nutzung als Sportplatz, Freibad, Festplatz, Campingplatz, Dauerkleingarten oder Friedhof festgesetzt ist, die Fläche des im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegenden Grundstückes oder Grundstücksteiles vervielfacht mit 0,5. Bei Grundstücken, die innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (§ 34 BauGB) tatsächlich so genutzt werden, die Fläche des Grundstückes - gegebenenfalls unter Berücksichtigung der nach Nr. 2 angeordneten Tiefenbegrenzung - vervielfacht mit 0,5.

(3) Für die Zahl der Vollgeschosse nach Abs. 1 gilt:

1. Für beplante Grundstücke wird die im Bebauungsplan festgesetzte zulässige Zahl der Vollgeschosse zugrunde gelegt.
2. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan nicht die Zahl der Vollgeschosse, sondern eine Baumassenzahl festgesetzt ist, gilt die durch 3,5 geteilte höchstzulässige Baumassenzahl. Ist auch eine Baumassenzahl nicht festgesetzt, dafür aber die Höhe der baulichen Anlagen in Form der Trauf- oder Firsthöhe, so gilt die durch 2,8 geteilte höchstzulässige Trauf- oder Firsthöhe. Sind beide Höhen festgesetzt, so gilt die höchstzulässige Traufhöhe. Soweit der Bebauungsplan keine Festsetzungen trifft, gilt als Traufhöhe der Schnittpunkt der Außenseite der Dachhaut mit der seitlichen Außenwand. Die Höhe ist in der Gebäudemitte zu messen. Bruchzahlen werden auf volle Zahlen auf- oder abgerundet.
3. Soweit kein Bebauungsplan besteht, gilt:
 - a) die Zahl der auf den Grundstücken der näheren Umgebung überwiegend vorhandenen Vollgeschosse; ist ein Grundstück bereits bebaut und ist die dabei tatsächlich verwirklichte Vollgeschossezahl höher als die in der näheren Umgebung, so ist die tatsächlich verwirklichte Vollgeschossezahl zugrunde zu legen.
 - b) bei Grundstücken, die mit einer Kirche bebaut sind, die Zahl von zwei Vollgeschossen. Dies gilt für Türme, die nicht Wohnzwecken, gewerblichen oder industriellen Zwecken oder einer freiberuflichen Nutzung dienen, entsprechend.
4. Ist nach den Nummern 1-3 eine Vollgeschossezahl nicht feststellbar, so ist die tatsächlich vorhandene Traufhöhe geteilt durch 2,8 anzusetzen, wobei Bruchzahlen auf ganze Zahlen auf- und abzurunden sind. Als Traufhöhe gilt der Schnittpunkt der Außenseite der Dachhaut mit der seitlichen Außenwand. Die Höhe ist in der Gebäudemitte zu messen.
5. Bei Grundstücken, für die im Bebauungsplan eine sonstige Nutzung festgesetzt ist oder die außerhalb von Bebauungsplangebieten tatsächlich so genutzt werden (z.B. Sport-, Fest- und Campingplätze, Freibäder, Friedhöfe), wird bei vorhandener Bebauung die tatsächliche Zahl der Vollgeschosse angesetzt, in jedem Fall mindestens jedoch ein Vollgeschoss.

6. Bei Grundstücken, auf denen nur Garagen oder Stellplätze errichtet werden dürfen, gilt die festgesetzte Zahl der Geschosse oder, soweit keine Festsetzung erfolgt ist, die tatsächliche Zahl der Garagen- oder Stellplatzgeschosse, mindestens jedoch ein Vollgeschoss.
7. Bei Grundstücken, die im Geltungsbereich von Satzungen nach § 34 Abs. 4 BauGB liegen, werden zur Ermittlung der Beitragsflächen die Vorschriften entsprechend angewandt, wie sie bestehen für
 - a) Grundstücke in Bebauungsplangebieten, wenn in der Satzung Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß getroffen sind,
 - b) unbeplante Grundstücke, wenn die Satzung keine Bestimmungen über das zulässige Nutzungsmaß enthält.
8. Die Zahl der tatsächlich vorhandenen oder sich durch Umrechnung ergebenden Vollgeschosse gilt, wenn sie höher ist als die Zahl der Vollgeschosse nach den vorstehenden Regelungen.
9. Sind auf einem Grundstück mehrere Gebäude mit unterschiedlicher Zahl von Vollgeschossen zulässig oder vorhanden, gilt die bei der überwiegenden Baumasse vorhandene Zahl.

(4) Für Grundstücke in Kern-, Gewerbe- und Industriegebieten wird die nach den vorstehenden Regelungen ermittelte und gewichtete Grundstücksfläche um 20 v.H. erhöht. Dies gilt entsprechend für ausschließlich gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzte Grundstücke in sonstigen Baugebieten.

Bei teilweise gewerblich, industriell oder in ähnlicher Weise genutzten Grundstücken (gemischt genutzte Grundstücke) in sonstigen Baugebieten erhöhen sich die Maßstabsdaten um 10 v.H..

§ 7

Eckgrundstücke und durchlaufende Grundstücke

(1) Grundstücke, die sowohl von einer nach § 13 dieser Satzung verschonten Verkehrsanlage erschlossen sind als auch von einer oder mehreren weiteren Verkehrsanlage(n) der Abrechnungseinheit erschlossen sind, werden nur mit 50 % ihrer gewichteten Grundstücksfläche angesetzt.

(2) Kommt für eine oder mehrere der Verkehrsanlagen nach Abs. 1 die Tiefenbegrenzung nach § 6 Abs. 2 dieser Satzung zur Anwendung, gilt die Regelung des Abs. 1 nur für die sich überschneidenden Grundstücksteile.

§ 8

Entstehung des Beitragsanspruches

Der Beitragsanspruch entsteht mit Ablauf des 31. Dezember für das abgelaufene Jahr.

§ 9 Vorausleistungen

- (1) Ab Beginn des Erhebungszeitraumes können von der Ortsgemeinde Edesheim Vorausleistungen auf wiederkehrende Beiträge erhoben werden.
- (2) Die Vorausleistungen werden nach der voraussichtlichen Beitragshöhe für das laufende Jahr bemessen.

§ 10 Ablösung des Ausbaubeitrages

Die Ablösung wiederkehrender Beiträge kann jederzeit für einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren vereinbart werden. Der Ablösung wird unter Berücksichtigung der zu erwartenden Kostenentwicklung die abgezinste voraussichtliche Beitragsschuld zugrunde gelegt.

§ 11 Beitragsschuldner

- (1) Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt der Bekanntgabe des Beitragsbescheides Eigentümer oder dinglich Nutzungsberechtigter des Grundstückes ist.
- (2) Mehrere Beitragsschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 12 Veranlagung und Fälligkeit

- (1) Die wiederkehrenden Beiträge und die Vorausleistungen darauf werden durch schriftlichen Bescheid festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.
- (2) Der Beitragsbescheid enthält:
1. die Bezeichnung des Beitrages,
 2. den Namen des Beitragsschuldners,
 3. die Bezeichnung des Grundstückes,
 4. den zu zahlenden Betrag,
 5. die Berechnung des zu zahlenden Betrages unter Mitteilung der beitragsfähigen Kosten, des Gemeindeanteils und der Berechnungsgrundlagen nach dieser Satzung,
 6. die Festsetzung des Fälligkeitstermins,
 7. die Eröffnung, dass der Beitrag als öffentliche Last auf dem Grundstück ruht, und
 8. eine Rechtsbehelfsbelehrung.
- (3) Die Grundlagen für die Festsetzung wiederkehrender Beiträge können durch besonderen Bescheid (Feststellungsbescheid) festgestellt werden.

§ 13 Übergangs- bzw. Verschonungsregelung

(1) Gemäß § 10 a Abs. 6 KAG wird festgelegt, dass Grundstücke, für die in der Vergangenheit **Ausbaubeiträge** gezahlt wurden, vorbehaltlich § 7 Absätze 1 und 2 dieser Satzung, verschont werden. Die Verschonungsdauer wird anhand des Umfangs der einmaligen Belastung wie folgt festgelegt:

0,01 bis 1,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	1 Jahr Verschonung
1,01 bis 2,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	2 Jahre Verschonung
2,01 bis 3,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	3 Jahre Verschonung
3,01 bis 4,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	4 Jahre Verschonung
4,01 bis 5,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	5 Jahre Verschonung
5,01 bis 6,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	6 Jahre Verschonung
6,01 bis 7,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	7 Jahre Verschonung
7,01 bis 8,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	8 Jahre Verschonung
8,01 bis 9,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	9 Jahre Verschonung
9,01 bis 10,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	10 Jahre Verschonung
10,01 bis 11,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	11 Jahre Verschonung
11,01 bis 12,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	12 Jahre Verschonung
12,01 bis 13,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	13 Jahre Verschonung
13,01 bis 14,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	14 Jahre Verschonung
14,01 bis 15,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	15 Jahre Verschonung
15,01 bis 16,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	16 Jahre Verschonung
16,01 bis 17,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	17 Jahre Verschonung
17,01 bis 18,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	18 Jahre Verschonung
18,01 bis 19,00 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	19 Jahre Verschonung
ab 19,01 €	pro qm beitragspflichtiger Grundstücksfläche	20 Jahre Verschonung

Die Übergangsregelung beginnt zu dem Zeitpunkt, in dem die sachlichen Beitragspflichten für die Ausbaubeiträge nach dem KAG entstanden sind.

(2) Gemäß § 10 a Abs. 6 KAG wird festgelegt, dass Grundstücke, für die **Erschließungsbeiträge** nach dem BauGB gezahlt wurden oder künftig zu zahlen sind, vorbehaltlich § 7 Absätze 1 und 2 dieser Satzung, verschont werden. Die Verschonungsdauer wird auf 20 Jahre festgesetzt. Die Übergangsregelung beginnt zu dem Zeitpunkt, in dem die sachlichen Beitragspflichten für die Erschließungsbeiträge nach dem BauGB entstanden sind.

(3) Erfolgte die Herstellung der Verkehrsanlage aufgrund von Verträgen (insbesondere **Erschließungsverträge**), so wird gem. § 10 a Abs. 6 KAG die Verschonungsdauer auf 20 Jahre festgesetzt. Die Übergangsregelung gilt ab dem Zeitpunkt, in dem die Prüfung der Abrechnung der vertraglichen Leistung erfolgt ist. Für künftige Verträge (insbesondere Erschließungsverträge) gilt die Regelung des § 13 Abs. 3 Satz 1 und 2 entsprechend.

§ 14 Öffentliche Last

Der wiederkehrende Straßenausbaubeitrag ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück.

§ 15 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2021 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung zur Erhebung von Einmalbeiträgen nach tatsächlichen Investitionsaufwendungen für den Ausbau von Verkehrsanlagen (Ausbaubeitragssatzung - Einzelabrechnung) vom 02.04.2012, außer Kraft.
- (3) Soweit Beitragsansprüche nach der aufgrund von Absatz 2 aufgehobenen Satzungen entstanden sind, gelten insoweit für diese die bisherigen Regelungen weiter.



Edesheim, den 14. Juli 2021

Sigrid Schwedhelm-Schreiner

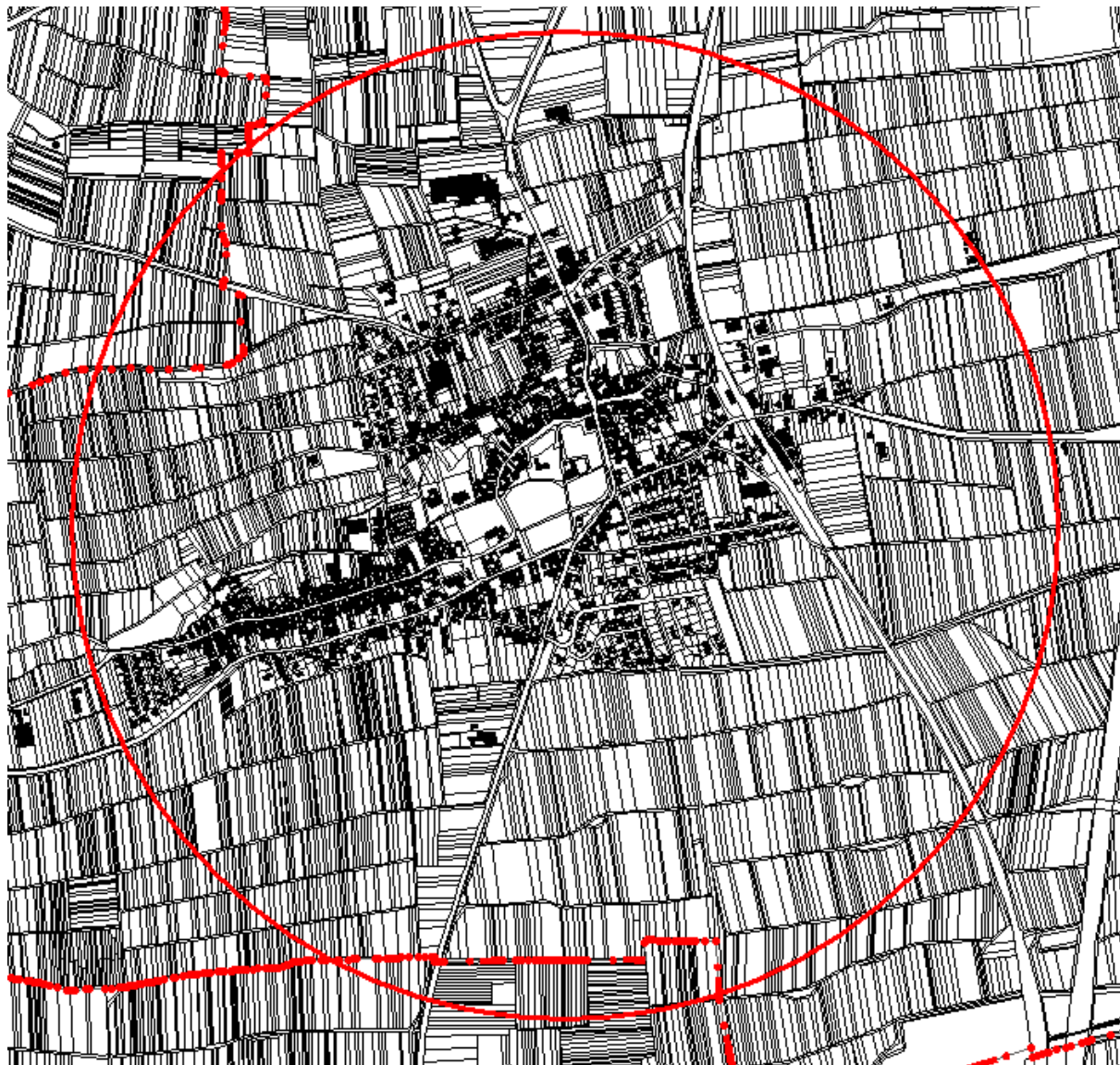
Sigrid Schwedhelm-Schreiner
Ortsbürgermeisterin

Hinweis:

Gemäß § 24 Abs. 6 GemO wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften nach der Gemeindeordnung (GemO) oder auf Grund der Gemeindeordnung zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an als gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn 1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder 2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Verbandsgemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat. Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Anlage 1 - Ermittlungsgebiet gem. § 3 dieser Satzung

Abrechnungseinheit 1: Hauptort



Abrechnungseinheit 2: „Leonhard-Eckel-Siedlung“ und Wohngebiet „Im Damm“



Anlage 2 - Begründung zur Bildung der Abrechnungseinheiten gem. § 3 dieser Satzung

Unter Berücksichtigung der vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten verfassungsrechtlichen Anforderungen (Beschluss vom 25.06.2014 - AZ: BvR 668/10 und 2104/10) sowie der Urteile des Oberverwaltungsgerichtes Rheinland-Pfalz, (AZ: 6 C 10719/19.OVG vom 04.06.2020 und AZ: 6 C 10927/19.OVG vom 04.06.2020), können sämtliche zum Anbau bestimmte Verkehrsanlagen des Gemeindegebietes zu einer öffentlichen Einrichtung zusammengefasst werden. Dabei stellt eine Einwohnerzahl von 3.000 ein Orientierungswert für die Bildung einer Abrechnungseinheit dar. Die Gesamteinwohnerzahl der Ortsgemeinde Edesheim betrug am 31.05.2021 laut statistischer Auswertung der Einwohnermeldedaten insgesamt 2.564 Einwohner und liegt somit unter diesem Orientierungswert.

Gem. § 10 a Abs. 1 KAG kann die Bildung einer einheitlichen öffentlichen Einrichtung durch Zusammenfassen aller Verkehrsanlagen einer Gemeinde erfolgen, wenn diese aufgrund des zusammenhängenden Gemeindegebietes in ihrer Gesamtheit den einzelnen Grundstücken die Anbindung an das inner- und überörtliche Straßennetz vermitteln. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten lässt sich für die Ortsgemeinde Edesheim das Zusammenfassen in nur eine Abrechnungseinheit nicht realisieren. Zwar verläuft durch den Ort eine Bahnlinie, diese kann jedoch sowohl von Fußgängern als auch Fahrzeugen über den gut ausgebauten und beschränkten Bahnübergang unproblematisch gequert werden. Die drei klassifizierten Landesstraßen (L 506, 507 und 516), gebieten ebenfalls keine Zäsuren und stellen keine trennende Wirkung dar. Im Gegenteil: Den klassifizierten Straßen kommt sogar eine verbindende Wirkung im Hauptortsbereich zu, Fußgänger und Fahrzeuge können diese ohne großes Hindernis überqueren. Außerdem befinden sich innerhalb von Edesheim keine Flüsse, die eine trennende Wirkung entfalten.

Lediglich die im Westen befindliche „Leonhard-Eckel-Siedlung“ und das Wohngebiet „Im Damm“ werden räumlich durch eine ca. 550 m lange Außenbereichsfläche vom Hauptort getrennt. Diese Außenbereichsfläche stellt eine trennende Zäsur dar und erfordert die Bildung einer eigenen Abrechnungseinheit. Sonstige räumlich trennende Zäsuren, welche eine Aufteilung in weitere Abrechnungseinheiten rechtfertigen, liegen nicht vor.

Deshalb sind für die Ortsgemeinde Edesheim zwei Abrechnungseinheiten zu bilden (siehe Anlage 1):

Die Abrechnungseinheit 1 umfasst den Hauptort.

Die Abrechnungseinheit 2 wird von der „Leonhard-Eckel-Siedlung“ und dem Wohngebiet „Im Damm“ gebildet.

Zur Abrechnungseinheit 1

Die Abrechnungseinheit 1 besteht aus dem Hauptort und umfasst wie in der Anlage 1 dargestellt, sämtliche in der Abrechnungseinheit vorhandene öffentliche und zum Anbau befindlichen Verkehrsanlagen. Es handelt sich um ein zusammenhängendes, historisch gewachsenes Gebiet. Über das vorhandene Straßennetz können die öffentlichen Einrichtungen wie Kindergarten, Schule, Friedhof etc. sowie ortsansässige Geschäfte, Gaststätten und Ärzte unproblematisch erreicht werden. Die Verkehrsanlagen können ohne großen Aufwand sowohl vom Fußgänger-, als auch vom motorisierten Straßenverkehr gequert werden. Die innerdörfliche Infrastruktur der Ortsgemeinde Edesheim sowie die Verkehrsströme befürworten die Bildung einer eigenen Abrechnungseinheit.

Zur Abrechnungseinheit 2

Die Abrechnungseinheit 2 besteht aus der „Leonhard-Eckel-Siedlung“ und dem Wohngebiet „Im Damm“. Die Abrechnungseinheit wird topographisch von der Abrechnungseinheit 1 durch eine ca. 550 m lange Außenbereichsfläche räumlich getrennt. Diese Entfernung stellt eine Zäsur mit trennender Wirkung dar und führt dazu, dass eine eigene Abrechnungseinheit nach § 10 a Abs. 1 KAG zu bilden ist. Jeweils südlich von der Siedlung und nördlich vom Wohngebiet „Im Damm“ verläuft die L 507 durch diese Abrechnungseinheit. Der Durchgangsverkehr ist im Vergleich zu der im Hauptort verlaufenden Staatsstraße (L 516) wesentlich geringer, durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h kann diese klassifizierte Straße von Fußgängern und Fahrzeugen jederzeit ohne großen Aufwand gequert werden. Auch die beiden Bushaltestellen, der Sportplatz und das Freibad können somit gut erreicht werden. Die L 507 entfaltet somit keine trennende Wirkung, die eine weitere Abrechnungseinheit erforderlich machen würde.